

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Gesamtnummer 25 241
Star Nr. Reichspost: 20011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

In Dresden und Umgebungen bei wöchentlichem Zustande durch die Post
bei Nicht-Zustellung monatlich 6,30 M., vierteljährlich 19,50 M.
Die 14 tägige 27 von heute 2 M. und 14 tägige 27 von heute 2 M. und 14 tägige 27 von heute 2 M.
Die 14 tägige 27 von heute 2 M. und 14 tägige 27 von heute 2 M. und 14 tägige 27 von heute 2 M.

Verwaltung und Hauptvertriebsstelle:
Moritzstraße 88/40.
Druck u. Verlag von Meyers & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Haarausfall
empfehlen man überall
ECHTEN HARZER GEBIRGS
BRENNESEL-SPIRITUS
MARKE XYLONAR G.S. GESCH.
Flasche 15,00 Mk. nur allein echt bei
Paul Schwarze Dresden-Schlobstr. 13

14 Ring-
straße
Rönigsdiele
14 Ring-
straße
Vornehmes Restaurant

Max Glöss Nachf.
Moritzstraße 18.
Beleuchtungskörper, Elektrische Platten,
Kochtöpfe, Schütte-Lanz-Kochplatten.

Die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen.

Fortdauer der militärischen Zwangsmaßnahmen.

W. T. B. meldet:
Paris, 13. August. In seiner letzten Sitzung hat heute nachmittag der Oberste Rat die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen zum 15. September unter gewissen Bedingungen beschlossen. Zunächst erörterte der Oberste Rat die Frage der Kosten der Rheinlandbesatzung. Er beschloß die Einsetzung einer Kommission, die damit beauftragt werden soll, die Kosten des Unterhalts der verschiedenen verbündeten Truppen und aller angegliederten Dienste festzusetzen.

Der Oberste Rat trat dann in die Debatte über die Aufhebung der Sanktionen ein. Der französische Botschafter Louchet legte in längerer Ausführungen den Standpunkt Frankreichs dar. Er ging zunächst auf die Vorgeschichte der Sanktionen ein und erklärte dann, daß Frankreich der Aufhebung der militärischen Sanktionen vorläufig nicht zustimmen könne. Dagegen sei Frankreich in Anerkennung des guten Willens, den das Kabinett Birth bewiesen habe, bereit, der Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen zuzustimmen, falls Deutschland die bis zum 31. August fällige Milliarde Goldmark rechtzeitig gezahlt und falls die verbündeten Waren in Deutschland nicht konfiszieren werden.

Nach Louchets Rede legte Lord Curzon den Standpunkt Englands dar. Er beantragte die Aufhebung der militärischen und der wirtschaftlichen Sanktionen.

Nach einer kurzen Suspendierung der Sitzung ergriff Briand das Wort, um nochmals zu erklären, warum Frankreich einwillingig auf der Beibehaltung der militärischen Sanktionen bestehen müsse.

Der Oberste Rat beschloß, die militärischen Sanktionen bis zu seiner nächsten Konferenz ausrecht zu erhalten und die Frage dann auf neue zu prüfen. Die wirtschaftlichen Sanktionen sollen bis zum 15. September aufgehoben werden, falls Deutschland seine am 31. August fälligen Verpflichtungen erfüllt und die von Frankreich geforderte Aufhebung der Einfuhrbeschränkungen verfügt.

Vor Aufhebung der Sitzung hielten die Hauptdelegierten Ansprachen, in denen sie betonten, daß die Aufrechterhaltung inniger Beziehungen zwischen den Verbündeten zum Besten des Weltfriedens notwendig sei.

Um 8 Uhr 10 Minuten war die Pariser Konferenz beendet.

Die Bedingungen für die Aufhebung.

Paris, 14. August. Die Bedingungen, unter denen der Oberste Rat beschloß, die wirtschaftlichen Sanktionen vom 15. September ab aufzuheben, sind nach einer Meldung der Havas-Agentur folgende: Am 31. August bezahlt Deutschland die Milliarde Goldmark völlig. Es wird ein interalliiertes Organismus gebildet zur Überwachung der Erteilung von Einfuhrbewilligungen für nach dem Rheinland gehende Waren. Die Kommission in Koblenz wird ein Übergangsregime ausarbeiten. Es wird eine Kontrollkommission gebildet. Bezüglich der in Deutschland bestehenden Kontrollkommissionen wurde beschlossen, sie beizubehalten. Gemäß dem Vorschlag des Marschalls Foch wurde eine fortschreitende Verminderung ins Auge gefaßt. Als Sitz der Untersuchungskommission wird von dem interalliierten militärischen Ausschuss Versailles bestimmt. Vor Schluß der Sitzung nahm der Oberste Rat auf Briands Antrag und mit Zustimmung sämtlicher Mitglieder folgende Entschlieung an: Bei Beachtung seiner Arbeiten bestrebt der Oberste Rat abermals seinen Willen, ein enges Einvernehmen zwischen den Alliierten aufrecht zu erhalten, das er mehr als je für unumgänglich nötig für den Weltfrieden erachtet.

Endlich steht wenigstens eine deutsche Forderung an die Entente, die von der gesamten öffentlichen Meinung des Reiches, mit Ausnahme des Häufchens der kommunistischen Schwarzgeister, nachdrücklich erhoben wurde, unmittelbar vor der Erfüllung: die wirtschaftlichen Sanktionen im besetzten Rheinland sollen fortfallen unter der Voraussetzung, daß Deutschland die im Londoner Ultimatum festgesetzte Zahlung der ersten Milliarde Goldmark bis zum 31. August leistet. Da die Regierung erklärt hat, es beste außer Zweifel, daß die Erfüllung dieser Verpflichtung fristgemäß erfolgen werde, so darf die Befestigung der rheinischen Zollgrenze schon heute als vollzogene Tatsache gelten. Damit ist die Bahn für eine natürliche und gesunde Entwicklung der rheinländischen Wirtschaftsverhältnisse wieder freigemacht, und es ist zu hoffen, daß die schweren Schädigungen, die mit der völkerrätlichen Gewaltmaßregel des Feindbundes verknüpft gewesen sind, bald völlig überwunden werden können.

Die völkerrätliche Abschneidung des besetzten Rheinlandes vom übrigen deutschen Wirtschaftsgebiet war durch Briand in London Lord George abgetrotzt worden. Eine einflussreiche französische Unternehmerrschicht wollte das Rheinland zum schrankenlosen zwangsweisen Annehmer ihrer Fertig-

fabrikate und Luxuswaren machen und mußte einen solchen Druck auf das Elbefloß ausüben, daß Millerand sich fügte und Briand entsprechende Anweisungen für seine in London einzunehmende Haltung gab. Dazu kam der politische Gesichtspunkt der Nationalisten, daß das Rheinland durch die enge wirtschaftliche Verbindung mit Frankreich für die künftige völlige Angleichung „reif“ gemacht werden sollte. Die „pénétration pacifique“ auf wirtschaftlichem Gebiete war als Vorstufe der politischen Vereinigung gedacht, und die Sanktionen sollten nach der Absicht der Pariser Chauvinisten so lange aufrechterhalten bleiben, bis der damit von französischer Seite verfolgte Zweck gründlich erreicht sein würde. Durch diese Rechnung hat nun aber der Beschluß des Obersten Rates über die Aufhebung der Sanktionen einen Strich gemacht. Aus den Verhandlungen des Obersten Rates, die zu diesem Beschluß geführt haben, geht hervor, daß England dabei der treibende Teil gewesen ist. Einmal aus wirtschaftlichen Gründen. Das Rheinland ist heute überflutet mit entbehrlichen französischen Fertigfabrikaten und ganz überflüssigen Luxusartikeln, die bis zu einem ganz geringen Teil in der Rheinprovinz herangezogen sind. Die deutsche Wirtschaft ist dadurch in schwerer Weise belastet worden, und in einschüchtern englischen Kreisen hat man offenbar erkannt, daß diesem Treiben im Interesse der deutschen Reparationsleistungen ein Riegel vorgeschoben werden müsse. Außerdem aber war in der Frage der Sanktionen auch das englische Ansehen stark in Mitleidenschaft gezogen, da sich die Londoner Regierung, wie aus dem jüngst veröffentlichten Schriftwechsel des Abgeordneten Dr. Stresemann mit dem britischen Auswärtigen Amt hervorgeht, in ungewohnter Form verpflichtet hatte, auf die Aufhebung der Sanktionen hinzuwirken, falls Deutschland seinen Verpflichtungen aus dem Londoner Ultimatum einwandfrei nachkäme. Bei der Erfüllung dieser Voraussetzung konnte also Lord George, der selbst feierlich und nachdrücklich „fair play“ gegenüber Deutschland proklamiert hat, nicht umhin, seiner Zusage gerecht zu werden und den Widerstand Frankreichs mit aller ihm zu Gebote stehenden Energie zu brechen.

Demnach ist Lord George diesmal doch nicht so ganz ungeschicklich, wie es zunächst auf Grund der Meldung von der Ueberhebung der oberösterreichischen Frage an den Völkerbundrat den Anschein hatte, und das Kabinett Birth kann zum mindesten einen Akt von politischer Reife und Verantwortung zeigen. Ein runder und glatter Erfolg, der völlig ungemischte Freude auf unserer Seite hervorrufen könnte, liegt aber deshalb nicht vor, weil die militärischen Sanktionen nicht in die Aufhebung mit einbezogen sind. Die Befehung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort bleibt also bestehen, und das bedeutet, daß die Franzosen nicht daran denken, ihre Pläne zur Befehung weiteren deutschen Gebiets endgültig fahren zu lassen, sondern daß sie die genannten drei Städte, die Kernpunkte des Industriegebietes, auch ferner als vorgezeichnete Posten benutzen wollen, um von da aus bei geeigneter Gelegenheit ihre militärische Macht noch weiter auszuüben. Solange diese Gefahr fortbesteht, kann die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen nur als ein halber Erfolg bewertet werden. Das eine haben wir erreicht, das andere muß nachfolgen. Die Regierung Birth darf nun nicht etwa auf ihren Vorbehalten andrücken wollen, sondern sie muß mit aller Energie dahin wirken, daß auch die militärischen Sanktionen ohne weiteren Verzögerung in die Völkerrätlichkeit geworfen werden. Aufrecht bleibt freilich immer die Gefahr bestehen, daß wir die Reparationskosten künftighin nicht mehr erfüllen können, und was dann? Dann werden die Franzosen hohnlachend die Sanktionen im vollen Umfange wieder durchzuführen wissen. Wir dürfen das eine nicht vergessen, daß die Tatsache der fristgemäßen Zahlung der ersten Goldmilliarde lediglich den guten Willen Deutschlands beweist, zu tun, was es unter Anspannung aller Nerven kann, im übrigen aber die Wahrheit, daß das Ultimatum auf die Dauer unerfüllbar ist, keineswegs erschüttert. Es bleibt vielmehr bei dem, was Prinz Max von Baden in der „Deutschen Revue“ erklärt hat und was mit ihm die weitesten Kreise des deutschen Volkes als unumstößliche Ueberzeugung in sich tragen, daß eines Tages eine deutsche Regierung doch das große Nein werde aussprechen müssen.

Abreise aus Paris.

Paris, 14. August. Die englischen Delegierten sind heute mittag nach London zurückgekehrt. Die italienischen Delegierten und auch die belgischen Delegierten haben gleichfalls Paris verlassen. (W. T. B.)

Die nächste Sitzung des Obersten Rates.

Paris, 14. August. Der Berichterstatter der „Chicago Tribune“ glaubt zu wissen, daß Anfang September eine neue Sitzung des Obersten Rates stattfinden werde. Bis dahin würden einige der eingeleiteten Ausschüsse zur Berichterstattung bereit sein. In dieser Sitzung würde die Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Abschnitt Düsseldorf besprochen werden. (W. T. B.)

Die Verlegung der oberösterreichischen Frage.

Die Mitteilung an die Reichsregierung.

Berlin, 14. August. Der Oberste Rat hat gestern abend dem deutschen Geschäftsträger in Paris nachfolgendes von Briand gezeichnetes Schreiben mit gestrigem Datum überandt:

Herr Geschäftsträger!

In Anbetracht der Schwierigkeit, welche die Festlegung einer Grenze zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien bietet, hat der Oberste Rat die Entschlieung beschlossen, welche ihm in dieser Hinsicht gemäß Art. 88 des Vertrages von Versailles obliegt, verlegt.

Der Oberste Rat ist sicher, daß die Bevölkerung Oberschlesiens die Bestimmung zu würdigen wissen wird, die ihn dazu geführt hat, eine überstürzte Lösung (!) abzulehnen. Im übrigen wird nichts unterlassen werden, damit dieser Aufschieb so kurz wie möglich ist. Der Oberste Rat rechnet seitdem, daß die deutsche Regierung ihrerseits das deutsche Volk aufzufordern wird, bis zur endgültigen Entscheidung die größte Ruhe zu bewahren und daß sie gleichzeitig ihren ganzen unmittelbaren und mittelbaren Einfluß auf die Bevölkerung Oberschlesiens ausüben wird, damit diese die Autorität der Interalliierten Kommission achtet. Der Oberste Rat lenkt insbesondere die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die schwere Verantwortung, die sie auf sich laden würde, wenn sie es unterlassen sollte, auf ihrem Gebiete, insbesondere an den Grenzen Oberschlesiens, die geeigneten Maßnahmen zu treffen, um jeden Versuch zu verhindern, der darauf abzielt, Unruhen in dem Abteilungsgebiet zu fördern, oder wenn sie nicht jede Zufuhr von Waffen und Munition und jeden Uebertritt von Banden oder Bewaffneten streng unterbindet.

W. T. B. bemerkt dazu: Die Note des Obersten Rates stellt leider fest, daß die Entscheidung über Oberschlesien erneut verschoben wird. Was die Ermahnung an die deutsche Regierung anbelangt, so ist diese bekanntlich stets bemüht gewesen, die Ruhe in Oberschlesien zu wahren. Lediglich durch polnische Unruhen und Gewalttaten ist die Ruhe in Oberschlesien gestört worden.

Protest Polens gegen die Verlegung.

Paris, 14. August. Nach einer Havas-Meldung aus Warschau hat der Ministerrat in einer außerordentlichen Sitzung beschlossen, an die alliierten Mächte eine Note zu richten, in der erklärt wird, daß die Verlegung der oberösterreichischen Frage Polen einen nicht wieder gutzumachenden Nachteil verursacht. Die Verweisung des Problems an den Völkerbundrat verlängere in unnötiger Weise die Zustände der Unsicherheit, in der sich gegenwärtig die oberösterreichische Bevölkerung befindet, denn er verlege die Einrichtung einer endgültigen inneren Verwaltung auf unbestimmte Zeit. (W. T. B.)

Oberschlesien und der Pariser Beschluß.

Dresden, 13. August. Die oberösterreichische Presse äußert sich über die Verlegung in Paris im allgemeinen äußerst pessimistisch. Unter der Ueberschrift „Der oberösterreichische Wanderer“: Die Kraftprobe zwischen Frankreich und den übrigen Staatsmännern des Obersten Rates hätte zweifellos zu einem Siege der deutschen Sache und wahrscheinlich alsdann zu einem Bruche der Entente geführt. Das deutsche Recht wurde daher geopfert und die Entscheidung überhaupt nicht getroffen. Der dem katholischen Flügel der Industrie nahestehende „Oberschlesischer Kurier“ schreibt: Bis der Völkerbund seinen Spruch ausgebrütet haben wird, brauchen wir jedenfalls nicht zu warten, um zu wissen, wie es um uns steht. Es wird gewiß in den nächsten Tagen durchdrücken, und tropfenweise werden wir so den bitteren Saft lecken können, den uns der Oberste Rat kredenz hat. Optimistischer äußert sich die „Oberschlesische Volkstimme“ (katholische Volkspartei): Der Ausgang der Konferenz ist also letzten Endes, wenn auch die Verabredung eine unerträgliche Dual für Oberschlesien mit sich bringt, nicht im ungünstigen Sinne für Deutschland zu deuten. Er dürfte auch eine Entspannung an der oberösterreichischen Grenze zur Folge haben, denn wir können nicht annehmen, daß Polen es wagen wird, die Entscheidung der 28 Staaten, die im Völkerbunde vertreten sind, mit Gewalt zu vorzujucken oder die gefällte Entscheidung nicht anzuerkennen.

Die Kriegsprojekte.

Paris, 13. August. Die Entschlieung, die der Oberste Rat heute vormittag in der Frage der Kriegsbeschuldigten gefaßt hat, lautet wie folgt: Entsprechend der Note der alliierten Regierungen vom 7. Mai 1920 an den Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation wird eine Kommission eingesetzt, die dem Obersten Rat ihre Ansichten über die Ergebnisse der vom Reichsgericht in Leipzig eingeleiteten Verfahren sowie über die von diesem Gerichtshof in Sachen derjenigen Personen, deren Auslieferung auf Grund von Artikel 228 des Friedensvertrages von den Regierungen gefordert wird, gesprochenen Urteile mitteilen soll. Die Kommission soll auch Vorschläge einreichen über die künftige im Hinblick auf die Anwendung der Artikel 228 bis 230 des Friedensvertrages einzunehmende Haltung. Diese Kommission wird aus Vertretern Frankreichs, Englands, Italiens und Japans bestehen, und jedes dieser Länder soll die Möglichkeit haben, sich durch zwei Delegierte vertreten zu lassen.

Die Beschlüsse der Finanzministerkonferenz.

Paris, 13. August. Der „Intransigent“ teilt über die Verhandlungen der interalliierten Finanzkonferenz mit, es sei beschlossen worden, hinsichtlich der Preise für die deutschen Kohlenlieferungen auf Grund des Friedensvertrages sich an den deutschen Inlandspreis zu halten. Falls aber Deutschland nicht damit einverstanden wäre, daß ihm dieser Preis gutgeschrieben würde, würden die Alliierten unter sich die Differenz nach Maßgabe der Kohlenmengen, die den einzelnen Ländern von Deutschland geliefert werden, pro rata tragen. Die Finanzkonferenz hat, dem genannten Blatt zufolge, ferner auch darüber sich geeinigt, die Kosten der alliierten Besatzungen einschließlich der Kosten, die durch die alliierten Militärkommissionen in Deutschland entstehen, auf eine Pauschalsumme von 240 Millionen Goldmark jährlich festzusetzen. England habe sich damit einverstanden erklärt, daß der Tageslohn für seine Soldaten ebenso hoch berechnet wird, wie der für die französischen Soldaten, wofür für jeden englischen Soldaten allerdings noch zwei Goldmark hinzukommen. Die Frage, zu welchem Kurse die Höhe der belgischen Kriegsschuld zu berechnen sei, sei von der Konferenz als zu verwickelt betrachtet und dem amerikanischen Delegierten in der Reparationskommission Vonden als Schiedsrichter übergeben worden. Vonden habe den Antrag angenommen.

Paris, 14. August. Das „Temps“ teilt über die Finanzkonferenz folgendes mit: Die Modalitäten der Rückzahlung der Kriegsschuld Belgiens, d. h. die Vorkasse, die diesem Lande von Frankreich, England und Amerika während des Krieges bewilligt worden sind, sind gleichfalls geregelt, und zwar so, daß der Anteil Frankreichs an den Zahlungen, die Deutschland im Laufe der ersten Jahre leistet, nicht wesentlich beschnitten wird. Das Übereinstimmen fest weiter fest, daß der Wert der Saargruben, der festzustellen bleibt, Frankreich zur Verfügung zu stehen wird, und zwar auf die Rechnung der vor dem 1. Mai geleisteten Zahlungen. Die Summe des Wertes dieser Gruben, wozu die von Deutschland bereits in Natura geleisteten Lieferungen kommen, wird, soweit er den gesamten Betrag der von Frankreich zur Unterhaltung seiner Besatzungsarmee aufzubringenden Kosten übersteigt, Frankreich durch die Reparationskommission anzurechnen werden, und zwar innerhalb der am 1. Dezember 1922 beginnenden nächsten fünf Jahre, d. h. von dem Augenblicke an, wo wahrnehmbar die belgische Priorität abgeklärt ist und wo infolgedessen die Abrechnung des erwarteten Ueberschusses bei den jährlich von Deutschland zu leistenden Zahlungen ohne Schwierigkeiten erfolgen kann. Schließlich haben die Mitglieder der Finanzkonferenz beschlossen, alle Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind, um im Besonderen die bedeutenden Schwierigkeiten zu vermeiden, die dadurch hervorgerufen werden können, daß Deutschland Operationen vornehmen muß, um sich die fremden Devisen zu beschaffen, die es an die alliierten Mächte bezahlen muß. (W. T. V.)

Paris, 14. August. Nach dem „Temps“ soll die von der interalliierten Finanzkonferenz angenommene Grundstruktur der Kosten für einen Soldaten der Besatzungsarmee der bisserige Satz für einen französischen Soldaten von ungefähr 16 Franken täglich sein. Zu dieser Grundstruktur kommt ein Zuschlag von 2 Goldmark für einen englischen und von 3 Goldmark für einen amerikanischen Soldaten, wegen der Entfernung dieser beiden letzten Armeen von ihrem Heimatlande. (W. T. V.)

Deutschland und die Aufziger Vorfälle.

Prag, 13. August. Bei der gestern in Aufzig erfolgten Beerdigung des dritten Todesopfers der letzten Ausschreitungen, eines Reichsdeutschen, hielt der Vertreter der deutschen Besatzungsmacht in Prag eine Grabrede, in der er der Empörung Ausdruck gab, daß ein Aufzigegehöriger in einem Lande, mit dem Deutschland in guten Beziehungen lebe, solchem Schicksal ausgesetzt gewesen sei; er gab der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß die Regierung dieses Landes alle erdenklichen Maßnahmen ergreifen werde, um die Wiederholung eines solchen Vorfalles zu verhindern. Die Prager deutsche Besatzungsmacht werde alles tun was sie könne, um die Angehörigen des Deutschen Reiches zu schützen und sie vor der Wiederholung solcher Ereignisse zu bewahren. Das deutsche Vaterland werde den Toten nicht vergessen. (W. T. V.)

Oesterreichische Verhandlungen mit Ungarn.

Wien, 13. August. Der Ausschuss für Neuverhandlungen ist einig zustimmen, daß die Regierung Verhandlungen mit der ungarischen Regierung über die Förderung und Festigung dauerhafter friedlicher Beziehungen zwischen Oesterreich und Ungarn führe und im Rahmen solcher Verhandlungen auch eine einvernehmliche Lösung der zwischen Oesterreich und Ungarn bestehenden Grenzfragen suche. Jedoch dürfte die Regierung solche Verhandlungen nur unter der Bedingung und erst dann führen, wenn das Durcheinander, den Bestimmungen der Staatsverträge von Saint Germain und Trianon entsprechend, bis zum 27. August Oesterreich ohne Störung übergeben werde. Bezüglich der Gegenanträge, mit denen die oesterreichische Regierung die Verhandlungsanträge der ungarischen Regierung beantwortet wird, wird der Ausschuss erst in seiner nächsten Sitzung Bericht fassen.

Die Uebernahme des Baranya-Gebietes durch Ungarn.

Budapest, 14. August. Minister des Innern Graf Banffy erklärte einem Mitarbeiter des „Nagy Ujsag“, der Einzug der ungarischen Truppen in das Baranya-Gebiet werde am 20. August beginnen und am 30. beendet sein.

König Peter schwer erkrankt.

Belgrad, 12. August. König Peter ist an Lungenentzündung schwer erkrankt. Der Zustand des Königs ist sehr ernst. (W. T. V.)

Bayern gegen den Getreidewucher.

Nachdem das Reichsernährungsministerium den bayrischen Antrag auf vorübergehende Wiedereinführung der Ausfuhrkontrolle für Getreide abgelehnt hat, richtete Ministerpräsident v. Kahr folgendes Telegramm an den Reichsfunktionär: „Getreideaufkauf in Bayern hat infolge Preistreibelei und unbeherrschter Ausfuhr Formen angenommen, die nicht nur die Brotverforgung, sondern auch die öffentliche Sicherheit gefährden. Abhilfe nur durch die im § 42 der Reichsgetreideordnung dem Reichsernährungsminister eingeräumten Befugnisse möglich, von der Gebrauch zu machen nicht nur im dringendsten Interesse Bayerns, sondern auch des Reiches liegt. Ablehnung des bezüglichen bayrischen Antrages durch das Reichsernährungsministerium bedauere ich tief auch wegen der politischen Folgen. Erbitte nochmalige Prüfung und gefällige umgehende Mitteilung des Ergebnisses.“

Im gleichen Sinne wird der bayrische Gesandte in Berlin beim Reichsfunktionär persönlich vorgeht werden. In Bayern selbst ist eine Presskampagne gegen den Getreidewucher im Gange, an der sich auch die bayrische Regierung mit einer scharfen offiziellen Auslassung gegen die Ernährungsminister des Reiches beteiligt. Landwirtschaftsminister Nuythofer, der seinerzeit selbst für die Aufhebung der Zwangswirtschaft im Sinne des Reichsministers Hermes eintrat, warnte in einer Ansprache an die Besucher der Münchener Getreidebörse vor Preistreibelei mit umlagefreiem Getreide und kündigte an, daß alle Geschäfte über Weltmarktnotierung als Preistreibelei strafrechtlich verfolgt werden. Die Kommerzienräte Hans Mayer und Omenthal versicherten darauf, daß der reelle Handel im Sinne der Regierung wirken müsse, und wiesen darauf hin, daß auch ein allgemeiner Preistrückgang für freies Getreide eingeleitet habe.

Herr Jellisch lernt um?

Der augenblicklichen sächsischen Regierung Weidener war der gegenwärtige Wirtschaftsminister Jellisch. Das nennliche Daut dieser Regierung in sein Varietefreund und, der wirkliche Führer und ausschließliche Nutznieher aber der unabhängige Innenminister Wipplitz. Wäre Jellisch wirklich der Schaummann, für den man ihn in seinen Kreisen hielt, dann hätte er diese Entwicklung voraussehen müssen. Von bürgerlicher Seite ist sie bereits im Dezember vorigen Jahres vorausgesehen und vorausgesetzt worden. Jetzt endlich scheint auch bei Jellisch diese Erkenntnis zwangsmäßig zu dämmern. Er hoffte mit dieser Regierung die gesamte sächsische Arbeiterkraft auf der von ihm in der „Chemnitzer Volkstimme“ gezeichneten Linie zu sammeln. In Wirklichkeit scharte Wipplitz die Massen um das Banner der Unabhängigen. Jellisch wollte, die sozialistisch-unabhängige Minderheit des Landtages könne mit wegschleichen Rechten — bald mit den Kommunisten, bald mit der bürgerlichen Linken — gegen die imaginäre Reaktion zu Felde ziehen. Sehr rasch mußte er erkennen, daß er das schwierige Instrument der wechselläufigen Rechten noch weniger zu meistern imstande war, als das erfahrenen Staatsmännern vor ihm gelang. Eine Stunde parlamentarischer Unsicherheit, die den Wipplitz fesselte bedrohte, hat es zu Wege gebracht: Jellisch begann seine Rechnung nachzuvorlesen, und die Probe zeigte ihm, daß das Exemplar falsch war.

In der „Glocke“, der wissenschaftlichen Zeitschrift des gemäßigtesten Teiles der deutschen Sozialdemokratie veröffentlicht Jellisch einen Artikel unter der Ueberschrift: „Sozialdemokratie und Parlamentskoalitionen“. Dieser Aufsatz ist ein einzelnes Klageblatt über das „Verhalten der Kommunisten“ und zeigt den Schreiber auf dem Wege nach Damaskus. Er kommt zu folgendem Schluß:

„Solche Tatsachen stellen die sozialistische Arbeiterkraft immer wieder vor die Notwendigkeit, eine Koalition mit einer annehmbaren bürgerlichen Partei einzugehen.“ Als solche erkennt er höchstens die Demokratische Partei an, an der er allerdings noch sehr viel auszusetzen findet. Er fährt dann fort:

„Wir verstehen darunter die Abneigung der U. S. V. mit diesen unheimlichen Antonten, denen das Zentrum an Unverletzlichkeit gleich, eine Regierungsgemeinschaft einzugehen. Da es in der Politik jedoch oft nur zwischen dem größeren und dem kleineren Uebel zu entscheiden gibt, da es in Zukunft gilt, Republik, Demokratie und damit die ganze Zukunft des Sozialismus gegen die reaktionäre Gefahr zu verteidigen, framt für den Sozialisten als Fundamenten in Frage, was sich grundsätzlich für Demokratie und Republik bekant. Weil von den Kommunisten an absehbare Zeit die Unterstützung einer realistischen sozialistischen Politik nicht zu erhoffen steht, bleibt uns die sozialdemokratisch-unabhängige Block. Wo er in der Minderheit ist und die Gefahr einer reaktionären Regierung besteht, bleibt nichts übrig als das Zusammengehen mit der bürgerlichen Linken, sofern sie sich zum Schutz und Ausbau der Demokratie und Republik verpflichtet.“

Nach der ganzen Vergangenheit Jellischs kann man zu der Annahme neigen, daß der in diesen Ausführungen ausgeführte Umsturz eine Art Scheinlösung in Richtung auf die Unabhängigen bedeuten soll. Möglich, daß sich im Rücktritt oder in der Koalition innere Schwierigkeiten ergeben haben, die Jellisch mit dem Hinweis auf andere Koalitionsmöglichkeiten kurzerhand entscheiden will. Sollte das der Fall sein, dann besteht keine Ursache, seine Darlegungen ernst zu nehmen. Schließlich sind die sächsischen Arbeiterparteiorganisationen noch immer unter der Führung Jellischs vor dem Scheitern zu retten. In der „Glocke“ so etwas wie ein Damaskus in der inneren Entwicklung Jellischs bedeutet, dann muß sich allerdings noch manches wenden. Ob Jellisch geneigt sein wird, die Konsequenzen seiner Erkenntnis zu ziehen, bleibt abzuwarten. Ihm fällt dann u. a. die Aufgabe zu, seine theoretischen Erörterungen in der „Glocke“ bei den radikalsten Massen populär zu machen. Vorkauf hat er sich gehütet, solche Gedanken in Volkerversammlungen zu vertreten, obwohl er erst dieser Tage in Weichen Gelegenheit dazu gehabt hätte. — Im übrigen ist der Artikel in der „Glocke“ nichts weniger als zu Ende gedacht. Er ist nämlich eine einseitige Inkonsequenz. Ueber die praktische Möglichkeit einer anderen Koalition hat er sich vorläufig ausgesprochen. Meint er mit einer Koalition aus Sozialdemokraten, Unabhängigen und Demokraten regieren zu können? 48 Stimmen machen nicht die Mehrheit des Landtages aus! Ganz abgesehen davon: Wie stellen sich die Unabhängigen und wie die Demokraten zu dieser Rechnung?

Möglichstweise kommt es Jellisch darauf an, die augenblicklichen Schwierigkeiten zu mildern, welche die Regierung mit den Steuergeboten erlebt. Sollte ihm der Gedanke einer Landtagsauflösung vielleicht doch etwas unbehaglich sein, daß er sich für alle Fälle nach einem rentierenden Daken umsieht? Gewiß: die Chancen stehen bei einer Landtagswahl für ihn nicht günstig. Wenn er das erst jetzt sieht, so ist das freilich seine Schuld. Will er die Schwierigkeiten, die sein Kurs schuf, gründlich beseitigen, so muß allerdings aus dem halben Damaskus — nur ein solches bedeutet der Auffass in der „Glocke“ — ein ganzes werden.

Verliches und Sächsisches.

Zweiterlei Recht.

Eine hiesige Zeitungskorrespondenz — der wir die volle Verantwortung überlassen müssen — verbreitet folgende Meldung:

„Anlässlich des Arbeiter-Turnfestes in Dresden erhielt das Polizeipräsidium am 6. August (Sonntagabend nachmittags) eine unter dem gleichen Tage lautende Verfügung des Ministeriums des Innern, laut welcher gegen siebzehn namentlich angeführte Lokale und Wirtschaften in Dresden und Umgebung während der Dauer des Arbeiter-Turnfestes vom 6. bis mit 8. August die Erlaubnis ertheilt, den Schankbetrieb bis morgens 2 Uhr fortzusetzen. Weiter wurde am 7. August morgens dem Polizeibeamten beim Hauptort mitgeteilt, daß die Teilnehmer durch den sogenannten beschränkten Bannkreis geschlossen marschieren könnten; auch diese Erlaubnis war vom Ministerium des Innern erteilt worden. Eine derartige Abnahme des Ministeriums des Innern war anlässlich des Reichstages der Deutschen Turnerschaft nicht zu beobachten; diese Turner mußten um den beschränkten Bannkreis herummarschieren. Was die Verlängerung der Polizeistunde an gegen siebzehn Schankwirtschaften und Lokale anbelangt, so wird hierzu aus Polizeifreien mitteilt, daß die vom gleichen Tage datierte Verfügung des Ministeriums des Innern so spät an das Dresdner Polizeipräsidium ergangen sei, daß ein Widerspruch gar nicht mehr erfolgen konnte, und demzufolge die getroffene Anordnung der vorgelegten Regierungsstelle zu respektieren war.“

Ein neuer großer Konzernbruch.

Am Sonntagabend wurde von der Dresdner Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft der in Dresden, ferner auch in Leipzig, Halle, Breslau und Berlin domizilierende Welt-Sport-Assoziation „Ein-Ein-Ein“, G. m. b. H. aufgelöst und es wurden gleichzeitig umfangreiche Beschlagnahmen vorgenommen. Das Hauptbüro in Dresden befand sich auf der Rägelnstraße 13, A. bei Rehl, dort hatte ein gewisser Kämpfe aus Posthappel ein Zimmer gemietet und als Generalvertreter die Geschäfte geführt. Dieser Konzern, der seit Anfang Juni in Dresden in Erscheinung getreten, verlor den Einzählern bei Beträgen bis 500 Mk. die Verdoppelung der Einlagen in zwei Monaten, bei höheren Beträgen in sechs Wochen. In Dresden und Umgegend befanden sich eine Anzahl Vertreter bzw.

Einzählungskassen. Der Dresdner Hauptmacher und Unterwappmann, ein angeblicher Kohlenhändler, befand sich am Sonntagabend mit Familie zur Erholung im Spreewalde. In Verbindung mit dieser Angelegenheit wurde noch ein Kaufmann am Sonntagabend genannt und besucht, der angeblich mit rund 200.000 Mk. abgängig war. Am heutigen Montag wird sich überlassen lassen, welches Ergebnis die behördlichen Ermittlungen bereits hatten. Dieser neue Konzernbruch, dem einige weitere bald folgen dürften, erregte am gestrigen Sonntag in den beteiligten Kreisen begrifflicher Weise lebhaftes Beunruhigung.

Am Freitag versammelten sich die Beteiligten des Rahn-Konzerns im Kristallpalast, um Stellung zu nehmen gegen die Nichtauszahlung der Dividenden. Der genannte Konzern hält bereits seit Ende Juli mit den verbrochenen Rückzahlungen zurück. Der Anhang war so stark, daß der große Saal, der mindestens 8000 Personen faßt, wegen Ueberfüllung abgeperrt werden mußte. Vor dem Kristallpalast hatten sich weitere große erregte Menschenmassen, so daß die Straßenbahnen nur mit Vorsicht fahren konnten. In der Versammlung ging es sehr hitzig zu, man forderte die sofortige Verhaftung der leitenden Personen, eine Kommission soll nach Berlin fahren, um dort Geld zu holen. Auch in diesem Falle dürften bereits die kommenden Tage Klarheit schaffen.

Die sächsische Polizei gegen die Regierung. Die eine hiesige Korrespondenz meldet, haben sich in einer Urabstimmung 84,8 Prozent aller Angehörigen der grünen Polizei gegen die von der Regierung verlangte Verpflichtung auf die 12jährige Dienstzeit als einseitig und unmoralisch ausgesprochen, da diese Verpflichtung den Beamten zu schlagartigem, gefährlichem Staatsdienste verpflichtet, ihn aber in seiner wirtschaftlichen Existenz vollkommen dem Willen der Regierung ausliefern. Nur 1,2 Prozent erklärten sich für Unterzeichnung, während der Rest der Stimmgästel unglücklich war.

Äußerer Verleumdung habschischen Rotgelbes. Zufolge Anordnung des Wirtschaftsministeriums werden die von der Stadt Dresden im März 1921 und im Februar 1921 ausgegebenen Rotgelbscheine (Gutscheine) über 50 Pf. mit dem 30. September dieses Jahres außer Verkehr gesetzt. Diese Gutscheine werden von den habschischen Reststellen noch bis zum 31. Dezember 1921 in Zahlung genommen und eingelöst.

Einziehung der alten Staatsstraße an der Weidert. Mit Ermächtigung des Finanzministeriums wird der auf dem rechten Weidertufer hinführende Teil der alten Staatsstraße Dresden-Tharandt-Freiberg, zwischen dem Nordende des Wienerischen Mühlengrundstückes (Wienerbrücke) bis zur Einmündung in die auf dem linken Weidertufer hinführende neue Straße beim Eisenbahnhaltepunkt Dresden-Neuen für den öffentlichen Verkehr eingezogen und dieser auf die neue Staatsstraße links des Weidertufers verwiesen.

Wiederanfrage der Elbschiffahrt. Die Niederelbschiffahrt im Elbegebiet der Elbe haben eine schießbare Zunahme des Elbwasserstandes herbeigeführt, so daß die Elbschiffahrt in der Lage ist, ihre Tätigkeit, soweit es sich um Beerrtransporte handelt, wieder aufzunehmen. Die Säch. Böhmische Dampfschiffahrts-Gesellschaft hofft, ihren Betrieb Mitte der Woche wieder zu eröffnen, vorausgesetzt, daß die Wasserstandsänderungen aus Böhmen günstig sind, was bis jetzt noch nicht der Fall ist, da dort die Niederelbschiffahrt bedeutend geringer wie in Sachsen waren.

Das habschische Wärmebad, am Elsberrg 8, ist jetzt außerordentlich stark besucht. Im Monat Juli haben dort 38400 Personen gebadet. Hauptächlich sind es die beiden Schwimmbadhallen, die sich bei der Einwohnerzahl besonderer Beachtung erfreuen. Der Wasserverbrauch im Wärmebad ist daher sehr groß. Das Wasser wird aber nicht der habschischen Leitung entnommen, sondern das Bad besitzt selbst ein eigenes kleines Wasserwerk, das Wasser in ausreichender Menge liefert. Die angenehme Abhilfe empfiehlt sich der Aufenthalt in den Schwimmbädern in der heißen Jahreszeit sehr. Sie wird dadurch erzielt, daß frische Luft durch Wasserkrabapparate abgeleitet und durch große Ventilatoren in die Hallen gedrückt wird. Das Bad ist, außer Sonntags, täglich von vormittags 10 Uhr ab geöffnet.

Sein 25jähriges Jubiläum begeht am heutigen Montag der Prokurist Edwin Richter bei der Firma H. Meyer, Papiergroßhandlung, Am See 16.

25-jähriger Jahrestag 1921 in Plauen i. V. Die Vereinigung ehemaliger Angehöriger des Reserve-Jäger-Batl. Nr. 25 hielt ihre 2. Hauptversammlung in Plauen i. V. ab, nachdem sie ihre 1. Jahreshauptversammlung 1920 in Dresden veranlassen hatte. Es war dafür gefordert, daß die von auswärts gekommenen Mitglieder, von denen nicht wenige ihre Frauen mitgebracht hatten, gut unterkommen und angenehme Unterhaltung fanden. In der „Centralhalle“ fand man sich zunächst zu einem Jägerfommes aufammen. Kamerad Spitzer hielt die Festversammlung in Plauen herzlich willkommen, und Vorherrscher Leichentz in Dresden begrüßte noch einzeln die Ehrengäste, darunter besonders den ehemaligen Kommandeur der 25. er. Major v. Müdig, die Reserveoffiziere des Res.-Jäger-Batl. 25, den Ehrenauschuss, den Militärverein ehemaliger Jäger und Schützen zu Plauen, den Kommandeur der Plauenener Bürgerwehrpolizei, Major Franz, und die Dresdner Urdgruppe des Res.-Jäger-Batl., sowie die Kameraden von auswärts. Landgerichtsrat Dr. Richter-Jankan hielt die von einem Jägergeleit und warmer Rede und Rede durchwachte Festrede, der verschiedene Ansprachen folgten. Den zweiten Teil des Abends leitete eine Vorführung von Lichtbildern durch Kamerad Rindemann ein. Sie zeigten das Leben und Treiben der 25. er. Jäger im Felde. Da sie nach im Felde aufgenommenen Photographien hergeleitet sind, übten sie auf die Zuschauer, die sich oder liebe Kameraden wiedererkannten, eine tiefgehende Wirkung aus. Am folgenden Tage begann im „Wintergarten“ die 2. Jahreshauptversammlung. Vorherrscher Leichentz begrüßte die zahlreich erschienenen Kameraden und Gäste und erteilte dem Wort zum Bericht über die vorjährige Hauptversammlung und zum Jahresbericht. Aus dem letzteren sei hervorgehoben, daß die Vereinigung bis zum 15. Juni 1921 auf 300 Mitglieder gestiegen ist. Sie erstreckt sich über ganz Sachsen und verteilt sich auf zehn Bezirke. Dem Wunsch nach Herabgabe der Bataillonsbeihilfe, an der Hauptmann Albrecht eifrig arbeitet, wird entsprochen werden. Reich erhaltete den Kaiserbrief für das Jahr 1920 und für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Juli 1921. Das Jahr 1920 schloß in Einnahme und Ausgabe mit 5650,70 bzw. 5682,85 Mk. ab, so daß ein Bestand von 1907,85 Mk. auf das Jahr 1921 überging. Bis zum 31. Juli standen 3526,85 Mk. Einnahmen 1921,70 Mk. Ausgaben gegenüber. Die Vorstandswahl ergab einstimmige Wiederwahl der bisherigen Mitglieder. Eine Satzungsänderung wurde genehmigt. Die Versammlung beschloß weiter die Erhöhung des Jahresbeitrags der Mitglieder von 3 auf 5 Mk. und den korporativen Beitritt der Vereinigung zum Hilfsverein Jäger 13 in Dresden mit einem Jahresbeitrag von 200 Mk. Als Tagungsort für die nächste Hauptversammlung wurde Chemnitz gewählt. Als Tagungszeit wurde Ende August oder Anfang September in Aussicht genommen. Die Versammlung beschloß weiter die Herabgabe der Bataillonsbeihilfe mit Wilttern; in dieser Hinsicht wurde das Exemplar 20 Mk. kosten. Für die Errichtung eines Jägerdenkmals in Dresden ist ein Denkmalsauschuss gebildet worden. Auch Beiträge sind schon für das Denkmal gesammelt worden. Eine in der Versammlung herangezogene Spendenliste für den Jahrestag 1922 wies fast ansehnliche Beträge, darunter 1000 Mk. von Dresdner-Dresden und 500 Mk. von Volgt-Erimitteln, auf. Als Schluß des Versammlungsabendes fand im „Wintergarten“ ein Jägervergnügen statt, das in einem Jägerball gipfelte.

Bewährung von Sterbegeld an Angehörige vorläufiger Kriegsbeschädigter. Das Reichsverordnungs-Gesetz...

ein; sie verschwinden wieder, wiederholen sich indessen bald. Wenn der Grund des Uebels im Kaffeegenuss erkannt wird, ist die Behandlung sehr einfach.

Reichsberg (Oberlaus). Durch Blitzschlag eingestürzt wurde das Anwesen des Wirtschaftsbefehlers H. H. z. Kuper dem Vieh konnte nur wenig gerettet werden.

Preiswettstreifen für Stenotypisten. Am 3. und 4. Dezember 1921 veranstaltet der Stenographenverein...

Am Karussell tödlich verunglückt. Sonnabend abend gegen 7 Uhr war der in der Dresdner Straße 15 in...

Wetterlage in Europa am 14. August, 8 Uhr morgens. Stationen: Hamburg, Berlin, Breslau, Wien, Prag, etc.

Folgen der Kaffee-Entwöhnung. Der Kaffeemangel der Kriegszeit und die infolge dessen eingetretene Entwöhnung...

Virus. Ueber den in der letzten Sonntagsnummer gemeldeten Unfall von Frau Oberamtmann Wolff...

Wetter-Aussicht für Montag, den 15. August. Wolkensicht, zeitweise aufklarend, kühl, keine erheblichen Niederschläge.

Kunst und Wissenschaft. Dresden Theaterplan für heute. Opernhaus, Schauspielhaus, Neustädter Schauspielhaus...

nach Regierungsgebäude und Rathaus zu gelegen sind, und der Turmstumpf des ehemaligen Scharnweises...

Ein verbannter Dichter. Der russische Dichter Alexander Blok, einer der hervorragendsten Vertreter der modernen russischen Lyrik...

Der Dom von Frankfurt a. O. gefährdet. Einer der größten und ehrwürdigsten Dome des deutschen Ostens...

Die Reorganisation der holländischen Museen. Eine vollkommene Neugestaltung der holländischen Museen ist in Aussicht genommen...

Ein praktisches Kriegerdenkmal. Wie aus Rom gemeldet wird, hat der Senator Quattieri einen Gesetzentwurf eingebracht...

